

Wilsdruffer Tageblatt

Nationale Tageszeitung für die Landwirtschaft,



für Bürgertum, Beamte, Angestellte u. Arbeiter.

Das "Wilsdruffer Tageblatt" erscheint an allen Werktagen nachmittags 5 Uhr. Bezugspreis: Bei Abholung in der Geschäftsstelle und bei Ausgabestellen 2 RM. im Voraus, bei Lieferung durch die Post 2,50 RM., bei Vorbestellung 2 RM. 50 Pf. einschließlich Abgabegebühr. Die Verkauftellen sind in der Geschäftsstelle und in den Postämtern. Fernsprecher: Amt Wilsdruff Nr. 6. Fernsprecher: Amt Wilsdruff Nr. 6. Fernsprecher: Amt Wilsdruff Nr. 6.

Wilsdruff, den 12. November 1927. Nr. 264. — 86. Jahrgang. Telegr.-Adr.: "Amtsblatt" Wilsdruff. Dresden. Postfach: Dresden 2640. Sonnabend, den 12. November 1927.

Das Wilsdruffer Tageblatt ist das zur Veröffentlichung der amtlichen Bekanntmachungen der Amtshauptmannschaft Meissen, des Amtsgerichts und des Stadtrats zu Wilsdruff, des Forstrentamts Tharandt und des Finanzamts Rossen behördlicherseits bestimmte Blatt.

Nr. 264. — 86. Jahrgang. Telegr.-Adr.: "Amtsblatt" Wilsdruff. Dresden. Postfach: Dresden 2640. Sonnabend, den 12. November 1927

Rüchenmeister Schmalhans.

Der schneidige Gilbert. — Die Gemeinden in Rot. — Bunchmende Arbeitslosigkeit. — Englische Scheuderfonturten.

Herr Parter Gilbert kann mit sich — und mit uns zufrieden sein. Mit sich, denn wieder einmal spricht die ganze Welt von diesem jungen Amerikaner, der die Dreißig kaum überschritten hat, und stellt ihm das Zeugnis aus, daß er mit seinem Vorstoß gegen die deutsche Finanzpolitik sich des hohen Vertrauens, das unsere Staatsbürger auf ihn gesetzt haben, würdig gezeigt habe. Mit uns, denn seine Kritik ist von der deutschen Öffentlichkeit, von wenigen Ausnahmen abgesehen, mit allen Anzeichen größter Respektlos aufgenommen worden, so hier und da ist sogar das Bedauern darüber aufgetaucht, daß nicht er die deutschen Finanzen zu betreuen habe und dafür Reichsfinanzminister Köhler von den Amerikanern für irgendeinen ihrer Regierungs- oder Verwaltungsposten im Austausch aufgenommen werde.

Aber damit nicht genug: schon häufen sich aus den verschiedensten Gegenden des Reiches die Meldungen, daß die ersten Wohnungen des Reparationsagenten auf fruchtbarsten Boden stelen. So, um nur einiges zu erwähnen, hat die Stadt Solingen in dieser Woche beschlossen, sämtliche städtischen Bauarbeiten, sofern es sich nicht um unbedingt notwendige Werke handelt, stillzulegen, da sie die erforderlichen Gelder nicht aus dem Anleihewege zu beschaffen vermag und laufende Mittel für die Fortführung der Bauten nicht zur Verfügung gestellt werden können. Ebenso ist man sich in Weimar darüber schlüssig geworden, eine Reihe von Bauvorhaben, darunter den Neubau der Stadthalle, "vorläufig" zurückzustellen, weil die Aufnahme einer Anleihe für diesen Zweck nicht in der gewünschten Höhe zu ermöglichen war.

Und noch einschneidender scheinen sich die Dinge in der Reichshauptstadt gehalten zu haben. Hier gibt man sich bekanntlich nicht gern mit Kleinigkeiten ab. Eine Auslandsanleihe von 120 Millionen Mark glaubt man bereits für und fertig in der Tasche zu haben, für produktive Zwecke selbstverständlich, und schon zeichnete sich am Horizont ein Bedarf für weitere Pläne und Wünsche ab, die gleichfalls nicht unter 120 Millionen Mark zu befriedigen sein würden. Insbesondere sollten sie für die Errichtung städtischer Wohnungen Verwendung finden, nachdem alle von verschiedenen Privatunternehmern eingereichten Bauprojekte von der Stadtverordnetenversammlung nach monatelanger Verschiebung schließlich zu Fall gebracht worden waren. Aber nun ist natürlich guter Rat teuer, seitdem Herr Gilbert mit seiner bitterbösen Kritik über unsere ulerlose Ausgabenwirtschaft auf den Plan getreten ist. Er hat zwar seine Vorwürfe nahezu gleichmäßig ebenso sehr an die Adresse des Reiches und der Länder wie an diejenige der Kommunen gerichtet, aber die Gemeinden werden von ihnen, wie die Erfahrung zeigt, am unmittelbarsten betroffen und müssen sich den Schmalhansrezepten, nach denen wir fortan leben sollen, zu allererst unterwerfen. Das wird natürlich nicht ohne heftige Zudungen abgeben, und die Arbeitslosigkeit, deren wir in diesem Sommer doch schon einigermaßen Herr geworden waren, wird im kommenden Winter gewiß über das durch den Saisonstich bedingte Maß hinaus wieder erheblich zunehmen; und damit natürlich auch die hohen Selbstaufwendungen, die wir, wahrscheinlich abermals zum Ärger des Herrn Parter Gilbert, für diese Zwecke demnächst werden zur Verfügung stellen müssen. Aber was hilft's, den Leuten beißen die Hunde, sagt ein bekanntes Sprichwort, und in der Reihe der unseren auswärtigen Gläubigern hastenden Körperschaften leben nun einmal Reich und Länder vor den Städten und Gemeinden. Also müssen sie schon allen anderen deutschen Schuldneren mit gutem Beispiel vorangehen.

Bessere Briefbestellungen auf dem Lande

Modernisierung der Landpostbestellung.

Die finanzielle Lage der Deutschen Reichspost. In der Arbeitsausschussung des Verwaltungsrates der Deutschen Reichspost gab der Reichspostminister einen Überblick über die gegenwärtige Lage der Postfinanzien. Danach hat die Erhöhung der Postgebühren in den Monaten August, September und Oktober genau die Mehrerlöse gebracht, die von der Reichspostverwaltung berechnet war. Ein ungünstiger Einfluss der Tarif-erhöhung der Reichspost auf die allgemeine Preisbildung ist nach der Entwicklung der Wirtschaftsziffern erstens nicht gegeben. Die Mehrerlöse, die sich aus der seit 1. August durchgeführten Gebührenerhöhung und aus der Verkehrssteigerung ergibt, ist für das laufende Rechnungsjahr auf Grund der bisherigen tatsächlichen Ergebnisse mit etwa 186 Millionen zu veranschlagen. Dieser Mehrerlös steht im Verhältnis zum ordentlichen Vorkriegslohn ein Mehrerlös von gegenüber, der veranlaßt ist durch die bevorstehende Befoldungserhöhung, durch die seit 1. April bereits laufende Erhöhungen der Wohnungsgelder der Beamten und der Tariflöhne der Arbeiter, durch die vorgesehenen Betriebsverbesserungen und durch laufende Ausgaben, die ihrer Natur nach nicht auf Anleihe genommen werden können. Dieser Mehrerlös beträgt 302 Millionen. Die veranschlagten Zahlen stimmen im wesentlichen mit denjenigen überein, die von dem Reichspostminister bei den Verhandlungen über die Tarifserhöhung zugrunde gelegt worden sind. Das Gleichgewicht zwischen Einnahmen und Ausgaben wird in der Weise hergestellt werden, daß Einrichtungen, die für das laufende Jahr vorgesehen waren, soweit als möglich auf später zurückgestellt und die Betriebskosten auf das geringstmögliche Maß beschränkt werden. Die im Gange befindlichen Reformen des Verkehrs, vor allem im Zustell-, Schalter- und Fernsprechsdiens, werden hierdurch nicht beeinträchtigt werden. Sie werden gleichmäßig für das ganze Reichspostgebiet ohne Bevorzugung einzelner Teile nach Maßgabe der

als zehn Millionen auf der Gegenseite, das heißt also im Lager der Siegerstaaten, gegenübersteht. Und da man sich allenthalben ja wohl darüber einig ist, daß von Abstraktionen in den nächsten Jahren gewiß unentwegt weiter getrieben werden, ohne daß aber das Deutschland abgegebene feierliche Versprechen von Versailles praktisch seiner Erfüllung näher kommen wird, so sind die englischen Sorgen um die weitere Entwicklung der Finanzen ohne Zweifel durchaus ernst zu nehmen. Auch drüben, jenseits des Kanals, wird Schmalhans mehr und mehr zum Rüchenmeister ausfriden müssen, wenn man nicht vom Regen langsam, aber sicher unter die Traufe kommen will. Dr. Sy.

Kein Parlament in Italien mehr?

Ein Rat der Vierhundert. Der Großrat der Faschistischen Partei entschied sich im Verlauf einer längeren Sitzung dahin, daß in Italien das parlamentarische System und die Volksvertretung in der jetzigen Form vollständig abgeschafft werden sollen. Nach den Vorschlägen des Großrats soll an die Stelle des Abgeordnetenhauses ein "Rat der Vierhundert" treten. Dieser Rat der Vierhundert darf nur aus der Faschistischen Partei hervorgehen, nur für sie darf eine Einheitssitze ausgestellt werden, nach der gewählt wird. Das ganze Land soll einen einzigen Wahlkreis bilden. Wählen kann nur das produktive Volk, wie es in dem Beschluß heißt. Die 13 Wirtschaftsorganisationen Italiens, die sämtliche Arbeitgeber und Arbeitnehmer umfassen, schlagen dem Großrat die Kandidaten vor, der jeden einzelnen auf seine unbedingte faschistische Überzeugung prüft. Die Liste wird dann vervollständigt durch Vertrauensmänner der Partei. Die Aufgaben des Rats der Vierhundert sollen noch genau formuliert werden. Der Senat bleibt in seiner bisherigen Zusammensetzung bestehen, doch wird seine Arbeitsweise umgestaltet.

Die Bewährungsfrist.

Die deutsch-österreichische Rechtsangleichung. Der Strafrechtsausschuß des Reichstages nahm die Bewährungsfrist für Strafen bis zu sechs Monaten an. Genehmigt wurde auch die weitere Bestimmung des Entwurfs, daß bedingter Straferlaß nur bewilligt wird, wenn die Persönlichkeit des Verurteilten, sein Vorleben und sein Verhalten nach der Tat die Erwartung begründen, daß er künftig ein gesetzmäßiges und geordnetes Leben führen werde. Bedingter Straferlaß soll nicht bewilligt werden, wenn das öffentliche Interesse oder die Rücksicht auf den Verletzten die alsbaldige Vollstreckung der Strafe erfordert.

Verkehrsbedürfnisse durchgeführt. Daneben ist vorzusehen, daß 174 Millionen Anlageausgaben aus Anleihen bestritten werden. Die Frage, wie die Aufnahme der Anleihe bewirkt werden wird, ist bei der gegenwärtigen Lage des Kapitalmarktes noch nicht entschieden.

Weiter beschäftigt sich der Verwaltungsrat mit dem schon seit längerem erwogenen Plan der Modernisierung des ländlichen Postdienstes. Bisher ist allgemein die einmütige Zustimmung auf dem Lande üblich, wobei die Post in die kleinen und kleinsten Orte durch Briefträger gebracht und durch Agenturen besorgt wird. Diese Agenturen, meist geleitet von einem selbständigen Gewerbetreibenden, haben ihre eigene Kasse und rechnen monatlich ab. Künftig soll das ganze Reich durch rund 3000 Kraftfahrzeuge versorgt werden. Als Befährt ist ein vieräderiges kleines Auto in Aussicht genommen, von dem man eine Tagesleistung von 100 bis 140 Kilometern verlangen wird. Auch für den Paketdienst, der augenblicklich sehr im argen liegt, ergeben sich ganz neue Möglichkeiten. Heute ist es oft so, daß der Briefträger die Menge der Pakete mit einem Male nicht fortzuschaffen kann und sie dann bis zum nächsten Tage liegen läßt. Die Landbevölkerung leidet deshalb vielfach dem ganzen Paketdienst mit Misstrauen gegenüber und benutzt ihn möglichst wenig. Durch die Einführung der Autos soll künftig eine prompte Zuführung aller Pakete erfolgen und man hofft zuversichtlich, daß dadurch auch der Paketverkehr vom Lande in die Stadt einen außerordentlichen Aufschwung nehmen wird. Zunächst will man in sechzig über das ganze Reich verkreuzten Ämtern solche Landpostautos probeweise einsetzen.

Im übrigen will man Vorkehrungen treffen, daß noch eine zweite Postauslieferung auf dem Lande möglich wird. Wo keine Bestellung erfolgen kann, sollen die Briefschaften wenigstens von den Landbewohnern abgeholt werden können. Sind sie bis zum nächsten Bestellsung nicht in die Hände der Adressaten gelangt, so werden sie vom Briefträger mitgenommen.

Die Probezeit für den bedingten Straferlaß ist nach dem Entwurf je nach dem Strafmaß auf zwei bis fünf Jahre zu bemessen. Der Entwurf gibt ferner den Gerichten die Möglichkeit, dem bedingten Verurteilten noch besondere Pflichten aufzuerlegen, z. B. Enthaltensamkeit von geistigen Getränken, Aufenthaltseinschränkung, geordnete Arbeit, Geldbußen an die Staatskasse, Schadensersatz und Schutzauflage. Hierzu wurde nach Ablehnung einer Reihe anderer Vorschläge eine deutsch-österreichische Entschliessung angenommen, die Reichsregierung möge auf die Länder einwirken, daß Gelobenen vorwiegend zur Gefangenen- und Entlassenenfürsorge verwendet werden. Der Wortlaut der Vorlage blieb bestehen. Die Bestimmung über den endgültigen Straferlaß wurde unverändert angenommen. Beim Abschnitt "Rebenstrafen und Nebenfolgen" wurde die Beratung abgebrochen.

Am Montag wird sich eine Delegation von zehn Mitgliedern des Strafrechtsausschusses des Reichstages nach Wien begeben, um dort mit einem Unterausschuß des österreichischen Strafrechtsausschusses die schon seit langem geplanten Verhandlungen über die deutsch-österreichische Rechtsangleichung zu beginnen.

Wie man leicht Millionär wird.

Die internationalen Wertpapierwindstöße. Nur langsam kommt etwas Licht in die dunkle Märe des Bankiers Wumenstein, eines gebürtigen Ungarn, der in der ganzen Welt ungestempelte ungarische Rentenbriefe aufkaufte, die fast wertlos waren, sie dann durch Befragung von Beamten stempeln ließ und zu einem guten Kaufpreis verkaufte. Auf diese Weise ist Wumenstein vielfacher Millionär geworden, während der ungarische Staat an diesen Manipulationen ebensoviel Geld verlor wie er verdiente. Die Einzelheiten über die Befragung und die geschickte Unterbringung der ungarischen Rentenbriefe an den internationalen Finanzplätzen bleibt so lange unklar, bis man nicht die Helfer des Wumenstein vernahmen kann. Man hat in Wien, in Berlin und in anderen Städten zahlreiche Verhaftungen vorgenommen und ist dabei auch auf einen gewissen Holzmann gestoßen, der in dem Antiker-Prozess eine zweifelhafte Rolle gespielt hat. Ein Hauptkomplize Wumensteins ist ein gewisser Lohbitt, durch den Holzmann 10 Millionen Frank verloren haben will. Die Wumensteinsche Bank war in der Inflationszeit in Wien gegründet worden und unterhielt in Prag eine Filiale. Das Schwergewicht des Geschäftes lag in Paris. Dort ist ein Beamter der Gasse-Commune festgesetzt worden, der die Befragung der ungarischen Rentenbriefe zusammen mit einem ungarischen Beamten namens Gschütz vornahm. Auch andere als ungarische Papiere hat Wumenstein auf dem Luftwege nach Paris eingeschmuggelt. Wumenstein hat in Berlin in der Inflationszeit nicht weniger als 20 Häuser erworben. Bei einer Großbank unterhielt er ein Depot. Den größten Teil seiner Vorkasse hat er in Berlin deponieren lassen und hat